

# **Zum Schutz unserer Würde: Widersetzen!**



Von WOLFGANG HÜBNER | Wenn ich mich so im Netz umschaue, habe ich den Eindruck, alle warten gelähmt vor Schrecken und mit ohnmächtigem Zorn auf die nun angekündigte neue Eskalation der mit der Virusgefahr begründeten Zwangsmaßnahmen des Corona-Notstandsregimes von Merkel, Söder und RKI. Es gilt aber nicht zu warten, sondern schon jetzt deutlich zu machen:

Wir werden uns neuen Demütigungen und sinnlosen Quälereien nicht mehr beugen, sondern widersetzen. Wir sind keine willenslosen Spielfiguren ebenso anmaßender wie ratloser Politiker; noch sind wir bereit zu weiteren Opfern unserer Lebensfreude und Lebenszeit für Maßnahmen, die schon bislang nichts genutzt haben und das auch künftig nicht tun werden.

Und wenn wir nicht mehr unser Haus, unsere Wohnung verlassen dürfen, wann es uns passt – dann werden wir das trotzdem tun. Und wenn wir nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Auto oder Rad fahren dürfen, wie wir es brauchen oder wollen – dann werden wir das trotzdem tun.

Und wenn wir uns nicht mit Menschen treffen dürfen, die das auch wollen – dann werden wir das trotzdem tun. Denn mit alldem schaden wir niemanden – außer dem Machtrausch von ganz wenigen, die vorgeben, Leben retten zu wollen, tatsächlich

aber das Leben, die Liebe, die menschliche Gemeinsamkeit, die Wärme und den Trost des Miteinanders verwüsten und zerstören.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. So steht es in Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Wenn die staatliche Gewalt diese Würde nicht mehr achtet und schützt, wenn die staatliche Gewalt antastet, was unantastbar ist, dann missbraucht diese staatliche Gewalt ihr Gewaltmonopol, dann müssen wir uns vor dieser staatlichen Gewalt so schützen wie wir das vor dem Virus nach bestem Wissen ohnehin schon zu tun versuchen. Und schützen heißt ab der nächsten Eskalationsstufe des Missbrauchs staatlicher Macht: Widersetzen!

---



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

*PI  
-  
NE  
WS  
-  
Au  
to  
r  
Wo  
lf  
ga  
ng  
Hü  
bn  
er  
s  
ch  
re  
ib  
t*

se  
it  
vi  
el  
en  
Ja  
hr  
en  
fü  
r  
di  
es  
en  
Bl  
og  
,  
vo  
rn  
eh  
ml  
ic  
h  
zu  
de  
n  
Th  
em  
en  
Li  
nk  
sf  
as  
ch  
is  
mu  
s,  
Is

la  
mi  
si  
er  
un  
g  
De  
ut  
sc  
hl  
an  
ds  
un  
d  
Me  
in  
un  
gs  
fr  
ei  
he  
it  
. De  
r  
la  
ng  
jä  
hr  
ig  
e  
St  
ad  
tv  
er  
or  
dn

et  
e  
un  
d  
Fr  
ak  
ti  
on  
sv  
or  
si  
tz  
en  
de  
de  
r  
„B  
ür  
ge  
r  
fü  
r  
Fr  
an  
kf  
ur  
t“  
(B  
FF  
)  
le  
gt  
e  
zu  
m  
En  
de

de  
s  
Ok  
to  
be  
rs  
20  
16  
se  
in  
Ma  
nd  
at  
im  
Fr  
an  
kf  
ur  
te  
r  
Rö  
me  
r  
ni  
ed  
er  
. De  
r  
le  
id  
en  
sc  
ha  
ft  
li  
ch

e  
Ra  
df  
ah  
re  
r  
is  
t  
üb  
er  
s  
ei  
ne  
Fa  
ce  
bo  
ok  
-  
Se  
it  
e  
er  
re  
ic  
hb  
ar  
.

---

**Hamburg:**

**55**

**Prozent**

# Ausländeranteil im Knast



Von MANFRED ROUHS | Die meisten Gefängnisinsassen in Hamburg sind Ausländer. Das ergibt sich aus der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Den offiziellen Angaben zufolge liegt der Ausländeranteil bei den Gefängnisinsassen der Hansestadt bei 55 Prozent. Ihr offizieller Bevölkerungsanteil liegt bei 17 Prozent. Häftlinge türkischer und arabischer Herkunft mit deutschem Pass sind in dieser Statistik nicht ausweisbar. Sie gelten als Deutsche.

Die Inhaftierung ausländischer Straftäter kostet die Hansestadt den Angaben zufolge jedes Jahr 70 Millionen Euro. Von den 1023 Ausländern in Haft sind 136 Türken, 115 Polen, 69 Afghanen, 50 Rumänen, 48 Serben, 41 Albaner, 37 Algerier und 32 Iraner. 420 sind Mehrfach-Täter, in 416 Fällen ist die Ausweisung der Straftäter nach der Haftverbüßung vorgesehen, die aber keineswegs immer auch durchgeführt wird. Nach Afghanistan beispielsweise wird nach wie vor nur in Ausnahmefällen abgeschoben.

Dirk Nockemann, 62, Bürgerschaftsabgeordneter, Hamburger Landesvorsitzender der AfD und gleichzeitig deren innenpolitischer Sprecher, sieht die schöne neue Welt des Multi-Kulturalismus durch diese Zahlen entzaubert. Er mahnt politische Konsequenzen aus der Kriminalitätsentwicklung in der Hansestadt an:

„Die linksgrünen Wunschträume einer multikulturellen Idealgesellschaft treffen auf die bittere Realität.“



Verurteilte ausländische Straftäter haben ihr Gastrecht verwirkt und müssen schnellstmöglich abgeschoben werden.“

---



*PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.*

---

## **Skandalisierung einer Übersterblichkeit, die es nicht gibt**



Von NADINE HOFFMANN | Kontaktverbot, Bewegungsradius und Impfpflicht durch die Hintertür, daraus speist sich inzwischen der Corona-Irrsinn. Die zum Schaden der Gesellschaft handelnden Akteure haben sich dabei ein Gebäude aus unbrauchbaren Daten und Panikmache aufgebaut, das sie mit Grundrechtseinschränkungen und Bußgeldandrohungen aufrechterhalten. Ein Pieks der Realität bringt diese

Hysteriehütte zum Platzen.

Von Übersterblichkeit, Millionen Toten und Leichenbergen war bereits im Frühjahr die Rede. Diese Horrormeldungen wurden dann mit der „Zweiten Welle“ erneuert. Was aber wirklich Unheil brachte, war und ist die Politik der Altparteien selbst. Überforderung, Ahnungslosigkeit und Despotismus prägen das Agieren der Bundes- wie Landesregierung. Sarkastisch könnte man sich freuen, dass mit „Corona“ die Grippe ausgelöscht wurde, denn von der hört man nichts mehr. Dabei hat sie stets die letzten Jahre Opfer gefordert, ohne dass ein ganzes Land in den Lockdown-Wahn getrieben wurde.

Es gehört dabei auch zum Kabinett der Corona-Kuriositäten, dass mitten in der Krise Bestattungsunternehmen ihre Mitarbeiter auf Kurzarbeit setzen müssen oder Insolvenz anmelden. Wie kann das sein, wo man uns doch mit Bildern – etwa aus Italien – millionenfache Todesfälle beschwor? Nun, Bestatter sagen in verschiedenen Berichten und Gesprächen, dass sie über das Jahr 2020 verteilt keine signifikante Erhöhung der Sterbefälle zu verzeichnen hatten, über die Monate verteilt seien die Zahlen gleichgeblieben. Auffällig sei jedoch, dass ein großer Teil der Todesscheine, die als Ursache „Corona“ dokumentierten, für Verstorbene aus Senioren- und Pflegeheimen und Krankenhäusern ausgestellt wurden. Wobei es in vielen Fällen keine Autopsie gegeben zu haben scheint. Und dass die Mehrheit dieser an oder mit Corona Gestorbenen über 70 Jahre und älter ist.

Was Bestatter auch berichten ist, dass Pressevertreter gezielt Aufnahmen von „vielen Toten“ machen wollen, um das Narrativ der Regierenden und ihr eigenes zu stützen. Das ist geschmacklos und schäbig, entspricht aber weitgehend einer Medienlandschaft, die aus ihrer Feigheit eine Haltung macht, die in Wirklichkeit eine gebückte, das Einkommen sichernde Rückgratlosigkeit ist. Mit Mitteln wie der Inszenierung gestapelter Toter oder Särge, die die Bürger zur Impfung bewegen sollen.

Und trotz dieser Verbots- und Einschränkungsorgie steigen die Inzidenzen, noch so ein Kuriosum. Die große Gefahr für Ältere entspricht indes wissenschaftlichen Meldungen, zum Beispiel der von Prof. Dr. med. Matthias Schrappe, der Corona als Erkrankung vor allem betagter Menschen sieht. Das bringt uns zu einem großen Versagen der Altpolitik: Noch immer ist diese Risikogruppe nicht ausreichend geschützt, stattdessen wird die gesamte Gesellschaft herunter reguliert.

Spezielle Einkaufszeiten für Senioren, Taxischeine und Ausflüge von Pflegegruppen würden „den Alten“ in den Heimen ein Stück Würde zurückgeben. Die Politik hat sich jedoch dazu entschlossen, sie vom Leben abzuriegeln. Und so versterben sie nicht im Beisein von Verwandten oder Freunden, sondern alleine. Und gelten dann als „Corona-Tote“ in den Papieren für die Bestattungsunternehmen. Die dann Anfragen erreichen bezüglich einer Übersterblichkeit und nach der Möglichkeit einer entsprechenden Bildstrecke.

Ja, es ist makaber. So makaber wie Bestattungsfirmen, die mitten in der Pandemie in die Pleite rutschen. Oder wie ein Kindergeburtstag, der durch die Polizei aufgelöst wird (hier greift der Staat übrigens durch und riskiert „unschöne Bilder“, es sind ja auch nur die schon länger hier Lebenden).

Diese Corona-Krise zeigt uns nicht nur, wie weit die Altparteien gehen, um ihre Agenda zu festigen, sondern auch, wie wenig wissenschaftlich und vernünftig die Politik agiert. Es ist in Wahrheit eine Krise der Politik. Die deutsche Wirtschaft, die Kultur, das soziale Leben sind weitgehend stillgelegt, die Menschen werden mit Verordnungen malträtiiert. Rodelverbot, Kontaktverbot, Tanzverbot. Es ist diese repressive und unsinnige Politik, die verboten sein sollte. Immerhin: Man kann sie abwählen.

---

*(Im Original hier erschienen)*

---

# Linksextreme Terrorwelle in Deutschland – Medien schweigen



Von STEFAN SCHUBERT | Während die Bevölkerung von der Politik mit der Angst-Kampagne Corona und Lockdown ruhig gehalten und die Washingtoner Vorfälle zur totalen Kontrolle und Zensur der sozialen Netzwerke ausgenutzt werden, befindet sich Deutschland längst in der Phase eines neuen Linksterrorismus.

In Thüringen wurde dieser Tage ein (bewohntes) Wohn- und Geschäftshaus Ziel eines linksextremen Bombenanschlages.

Das »Bull's Eye« ist eine Gaststätte im thüringischen Eisenach. Es liegt im Erdgeschoss eines Mehrfamilienhauses. Die Wohnungen direkt und neben der »Erlebnisgastronomie«, so die Eigendarstellung, sind bewohnt.

Das »Bull's Eye« soll Treffpunkt der rechtsextremen Szene sein und auch die NPD nutzte das Lokal, das zudem über eine überregionale Bedeutung verfügen soll. Auf dieses Lokal führte eine linksextreme Terrorzelle am Montagmorgen einen Sprengstoffanschlag aus. Die Motivation und Täterschaft der Links-Terroristen sind unzweifelhaft.

Diese waren sich ihrer Tat so sicher, dass sie sich selbst dabei gefilmt (vermummt) und anschließend auf diversen

linksextremen Internetseiten veröffentlicht haben. *Der Spiegel* schreibt in dem betreffenden Artikel: »Die Tat selbst ist gut dokumentiert: Ein online kursierendes Video zeigt, wie mehrere vermummte Personen den Schriftzug ›Fight Nazis every day‹ auf die Fassade schmieren, ein Fenster einschlagen und wenig später einen offenbar selbst gebauten Sprengsatz entzünden. Es handele sich um ein ›Objekt, welches es immer wieder verdient hat, angegriffen zu werden, genau wie jeder andere Rückzugsort von Nazis‹, heißt es in einem mutmaßlichen Bekennerschreiben. Alles an diesem Fall deutet darauf, dass die Verantwortlichen aus der linksextremen Szene stammen.«

*Spiegel Online* hat diesen Artikel ganz tief im Ressort *Panorama* versteckt und ansonsten trieft aus dem Bericht an jeder Stelle die Verharmlosung von linksextremem Terrorismus. Weder in der Überschrift noch in der Einleitung des Artikels hat der linke *Spiegel* seine noch verbliebenen Leser darüber informiert, dass es sich um einen linksextremen Terroranschlag handelt. In die Nachrichtensendungen der merkelschen Jubel-Journalisten bei ARD und ZDF hat es dieser linksextreme Terroranschlag auch nicht geschafft. Als Zyniker kommt man nicht umhin festzustellen, dass die Qualitätsjournalisten ja auch viel zu sehr damit beschäftigt sind, vermeintlich (rechte) Facebook-Kommentare als Gefahr für die Demokratie zu framen.

**Deutschland droht 2021 eine weitere Gewalteskalation**

Welche bedrohlichen Dimensionen der Linksterrorismus 2021 erreicht hat, wird bei der Analyse des Bombenanschlages in Thüringen deutlich. Linksextreme haben sich Fähigkeiten zum Bau von Bomben angeeignet. Sie haben erfolgreich bereits eine Bombe gebaut und gezündet, wie der Anschlag in Eisenach unter Beweis stellt. Linksextreme Terroristen verfügen somit über eine Bombenwerkstatt.



Wer eine Bombe gebaut hat, ist zweifellos dazu in der Lage, weitere Bomben zu fertigen oder hat dies bereits getan. Die Links-Terroristen haben sogenannte »Todeslisten« erstellt.

Die Sicherheitsbehörden haben in den letzten Wochen, beispielsweise im Leipziger links-terroristischen Milieu, mehrfach polizeibekannte Linksextreme dabei beobachtet, wie sie Personen und Objekte konspirativ zur Anschlagsbegehung ausgespäht haben. Die Terror-Taten werden nicht etwa von Einzeltätern ausgeführt, sondern von einem mehrköpfigen Terrorkommando. Die linksextreme Terrorszene ist somit gut vernetzt und hat Strukturen aufgebaut.

Zuvor wurden im Oktober 2019 das gleiche Lokal und seine Gäste von einer größeren Gruppe Linksextremisten angegriffen und mit Schlagstöcken erheblich verletzt.

Eine führende Rolle in dieser Terrorzelle soll die Leipzigerin Lina E. einnehmen. Auch sie wurde beim Ausspähen von mutmaßlich Rechtsextremen von Sicherheitsbehörden beobachtet. Die Bundesanwaltschaft liest Lina E. wegen diverser Delikte, darunter gemeinschaftliche schwere Körperverletzung, besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung mittlerweile festnehmen. Zuvor wurde jedoch einer der Ausgespähten vor seiner Wohnung

abgefangen und schwer verletzt. Der Angriffs-Modus ist dabei stets identisch, wie bei der Antifa.

Eine größere Gruppe greift einen unterlegenen Gegner an. Den Überraschungsmoment ausnutzend sprühen die ersten Angreifer dem Opfer Pfefferspray und Reizgas ins Gesicht und rauben ihm so nicht nur den Orientierungssinn für kurze Zeit, sondern auch die Möglichkeit, sich zu wehren wie auch die Fähigkeit wichtige Schläge abzufangen. Die zweite Angriffswelle schlägt dann gezielt mit Schlagwerkzeugen, Hämmern oder einem Radschlüssel, wie im obigen Fall, auf den Kopf des politisch Andersdenkenden ein. Das Ziel sind schwerste Verletzungen und/oder das Ableben des verhassten politischen Gegners.

Statt die menschenverachtende Ideologie der linksextremen Terroristen auf Schärfste zu verurteilen und sich davon zu distanzieren, erfahren Linksextreme eine breite Unterstützung durch den Mainstream. Journalisten berichten entweder gar nicht darüber oder stellen Opfer so dar, als ob diese durch ihre politische Meinung selbst Schuld haben und irgendwie die Gewalt selbst verursacht und damit auch verdient hätten. So oder so ähnlich kann man es zwischen den Zeilen bei den Qualitätsmedien nachlesen. Und zu guter Letzt gibt es dann noch solche Gestalten, wie die SPD-Vorsitzende Esken, die sich stolz zur linksextremen Antifa bekennt und dafür in den Medien keinerlei Widerspruch erfährt.

Die Sicherheitsbehörden sprechen hinter verschlossenen Türen seit längerem von einer neuen linksextremen Terrorgeneration, die in Deutschland aktiv ist. Und natürlich kommen diese Terroristen aus dem Antifa-Milieu.

### **Wann stirbt der nächste Mensch durch Links-Terrorismus**

Zudem verbreiten die mit Millionen Steuergeldern alimentierten Linksextremisten zunehmend Gewalt auf der Straße, ohne dass dies von Politik und Medien verurteilt, geschweige denn bekämpft würde.

So haben im Mai 2020 bis zu 50 verummte Linksextremisten drei Demonstranten auf dem Weg zur Stuttgarter Demonstration gegen die Corona-Einschränkungen hinterrücks überfallen und schwer verletzt. Sie schlugen mit Schlagringen zu, traten auf die am Boden liegenden Verletzten ein und einem wehrlosen Opfer wurde sogar eine Schreckschusswaffe an den Kopf gehalten und abgedrückt. Ohne Zweifel handelt es sich dabei um einen Mordversuch. Bisher ermittelt wurden zwei Mitglieder der linken Szene, einem



wird versuchtem Totschlag vorgeworfen. Das Opfer wurde schwer verletzt, lag im künstlichen Koma und kämpfte auf der Intensivstation längere Zeit um sein Leben. Medien und Politik schwiegen größtenteils auch zu diesem linksextremen Mordanschlag.

Deutschlands Sicherheitslage droht 2021 von verschiedenen Seiten unter schweren Beschuss zu geraten. Links-Terrorismus der RAF droht nicht wiederzukommen, er ist bereits mitten unter uns.

» Zum Telegram-Kanal von Autor Stefan Schubert: *Schuberts Lagemeldung*.

### **Bestellinformationen:**

» Stefan Schubert: *Vorsicht Diktatur!*, 320 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!

» Karsten D. Hoffmann: *Gegenmacht*, 249 Seiten, 16,99 Euro – **hier** bestellen!

---

*(Dieser Beitrag ist zuerst bei KOPP Report erschienen)*



---

# Das Scheitern der Einwanderungspolitik wird von Corona verschleiert



Von CANTAL00P | Vor lauter Lockdown – oder verwenden wir fortan vielleicht besser den Begriff Stillstandsverwaltung – verliert man als Bürger immer mehr die Übersicht über andere, ebenfalls relevante Probleme und spezielle Herausforderungen unserer Zeit. Einer dieser Fälle ist nach wie vor die Einwanderungspolitik, deren oberste Handlungsmaxime lautet: wir sitzen einfach alles aus. Stets in der Hoffnung, das Rauschen der tagtäglich verbreiteten Corona-Paranoia überträfe den Ruf nach einer klaren und deutlichen Positionierung des Staates in heiklen Migrationsfragen.

Man kann die angestammten Bürger nicht in ihren Wohnungen einsperren und ihnen alles verbieten, während sich weiterhin Jahr für Jahr eine veritable Großstadt (in 2020 ca. 120.000 Personen) an „Geflüchteten“ hier ansiedelt, die mehrheitlich dem orthodoxen islamischen Glauben angehören und dazu noch vollumfänglich versorgt werden wollen. Und die sich im übrigen oftmals keinen Deut um unsere Pandemie-Regeln oder dergleichen scheren.

**Der Staat wird zum Souverän und das Volk zum Untertan**

Die Strategie der Bundesregierung hinsichtlich der Aufnahme von „Flüchtlingen“ lautet: Alle, die kommen wollen, werden aufgenommen. Jeder bleibt solange er will, selbst dann, wenn er ein verurteilter Mörder oder eine tickende, islamische Zeitbombe ist. Zusätzlich werden noch weitere, vornehmlich junge Männer aus sämtlichen Krisenländern der Welt per Schiff, Flugzeug oder auf anderen Wegen hereingeholt. Gerne auch des Nachts. Und über all diese Aktivitäten bewahrt man in Regierungskreisen höfliches Stillschweigen. Man gibt nur das zu, was sich ohnehin nicht mehr verleugnen lässt. Gäbe es die aktuelle Pandemie nicht, würde man das himmelschreiende Missmanagement unserer diesbezüglich Verantwortlichen sehr viel deutlicher vernehmen.

Doch ein Ende des Schreckens ist nicht in Sicht – ganz im Gegenteil. Es erhärtet sich zunehmend der Verdacht, dass die getroffenen Corona-Maßnahmen nicht medizinischer, sprich epidemiologischer Notwendigkeit entspringen, sondern der Gewöhnung des Bürgers an staatliche Gängelung dienen. Die man dann, mit Verweis auf den Klimawandel, immer weiter fortzusetzen gedenkt. Exakt nach diesem Vorbild wird man zukünftig auch in Einwanderungsfragen verfahren. Schlimmer noch: es entsteht vor unser aller Augen die Neuauflage eines autoritären Bürokratismus wilhelminischer Prägung und einer konzeptlosen Planwirtschaft, die gleichwohl Gegenstand eines Kafka-Romans sein könnten.

Immerhin wagt es WELT-Kommentator Jacques Schuster, etwas Licht ins Dunkel zu bringen:

*Wo ist der verheißene Beauftragte für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber? Und wenn es ihn gäbe, wer nähme die Abgelehnten zurück? Aus welchem Grund ist der Schutz der europäischen Außengrenze durch die Mitarbeiter von Frontex noch immer nicht so wirksam, wie er wieder und wieder angekündigt wird?*

*Wer nach Antworten in Brüssel, Lissabon und Berlin sucht, der*

*wird so lange durch einen Blütenregen von Phrasen geführt, bis er am Ende benebelt ist von der rhetorischen Gaukelei. Erst allmählich merkt man: In diesen Worthülsen lässt sich kein Inhalt finden.*

Während man sich im politischen Feuilleton lieber an Trump, sinnfreien Genderfragen und der AfD abarbeitet, werden durch die weiterlaufende und nahezu unkontrollierbar gewordene Einwanderungsmaschinerie Tatsachen geschaffen, deren wahres Ausmaß uns erst nach Ablauf der aktuellen Beschränkungen bewusst werden wird. Falls es diesen Zustand überhaupt jemals wieder geben wird. Kein einziger Politiker der Altparteien-Riege, schon gar nicht diejenigen, die sich in Pandemie-Zeiten als knallharte „law-and-order“ Verfechter geben, hat dieses hochbrisante Thema überhaupt noch auf dem Schirm.

Oder um es mit den Worten des WELT-Artikels zu sagen:

*Steckten die Europäische Union und mit ihr Deutschland nicht tief in der zweiten Welle der Pandemie, würde das völlige Versagen der Regierungen in der Flüchtlingsfrage deutlich das Auge fallen. Heute können sich alle Beteiligten als entschlossene Corona-Bekämpfer geben und vom Scheitern in der Flüchtlingspolitik ablenken.*

---

**Antifa/BLM-Anführer wegen  
„Sturm aufs Kapitol“  
verhaftet**



Der Antifa-Anführer John Sullivan ist am Donnerstag von der US-Bundespolizei wegen seiner Beteiligung am „Sturm aufs Kapitol“ verhaftet worden. Seine eigenen Filmaufnahmen zeigen, dass Sullivan mit der CNN-Journalistin Jade Sacker bei der Randalie beteiligt und beim Tod der Trump-Anhängerin Ashli Babbitt mit involviert war.

Sullivan ist ein „Black Lives Matter“ und „Antifa“-Aktivist, der am 29. Juni 2020 in Provo, Utah, eine illegale, gewalttätige Demo gegen die Polizei organisiert hatte, bei der ein Autofahrer angeschossen wurde. Videos zeigen, wie Sullivan Autos blockiert und gegen Türen und Fenster tritt, bis sein Kollege Jesse Taggart auf einen der Autofahrer geschossen haben soll.

Sullivan ist Gründer der linksradikalen „Insurgence USA“ und tritt unter dem Namen „Jayden X“ auf. Am 6. Januar sprach er in Washington auf der Anti-Trump-Demo „Kick These Fascists Out“. Dort rief Sullivan dazu auf, „die ganze Scheiße hier abzufackeln“, und „Trump aus dem Weißen Haus zu zerren“. „Wir holen uns jetzt diesen Motherfucker,“ so Sullivan.

Danach hat sich Sullivan mit der CNN-Journalistin Jade Sacker verkleidet der Trump-Demo angeschlossen. „Ich glaube es nicht“, jubelt Sullivan mit anderen Demonstranten, die ins Kapitol eindringen. „Wir haben es geschafft!“

Seine Videoaufnahmen zeigen, wie Sullivan innerhalb des Kapitols versucht, ein Fenster einzuschlagen. „Sie haben ja schon Fenster eingeschlagen“, kommentiert er süffisant. „Das muss man ja nicht filmen.“

DAS VIDEO WIRD VON YOUTUBE ZENSIERT! BITTE SPIEGELN!

In einer weiteren Aufnahme nähert sich Sullivan der Menge vor der bewachten Tür, an der Ashli Babbitt erschossen wurde. „Lasst mich durch, ich habe ein Messer!“, ruft er. Vor der Tür befiehlt er den Polizisten davor „heimzugehen“. „Hier sind soviele Leute, geht lieber.“ Dann stiftet Sullivan die Menge an, die Türen aufzubrechen: „Auf geht’s! Los!“

Kurz darauf zieht einer der Kapitolpolizisten auf der anderen Seite der Tür die Waffe: „Er hat eine Waffe!“, ruft Sullivan, während Ashli Babbitt scheinbar versucht, durch das Fenster zu klettern und dabei erschossen wird.

Später jubelt die CNN-Journalistin Jade Sacker Sullivan in der Rotunda des Kapitols zu: „Ich muss dich umarmen“, so Sacker. „Wir haben es geschafft! Du hattest Recht!“

„Ich wollte es dir sagen“, entgegnet Sullivan zu Sacker, „aber ich konnte nicht viel sagen. Du musst nur meinen Kanal gucken. Wird das nicht der geilste Film deines Lebens?“

*BREAKING: CNN's Jade Sacker penetrating the Capitol with a member of BLM/Antifa cheering, "We did it!" And then asking her conspirator if he was filming, he said he'd delete it, he lied. CNN was in on it. [pic.twitter.com/FVhotiAwcP](https://pic.twitter.com/FVhotiAwcP)*

– @amuse (@amuse) January 15, 2021

„Das ist alles gestellt“, sagt Sullivan später am Abend in die Kamera. „Mein Gesicht ist nicht auf Instagram, das habe ich schon gelernt. Ich trage eine Trump-Mütze, die habe ich mir heute gekauft. Ich habe sie auf der Trump-Demo getragen. Ich sage immer, ich bin Journalist. Ich trage immer eine große Kamera auf meiner Schulter.“

Nach dem „Sturm aufs Kapitol“ gaben Sullivan und Sacker dem CNN-Moderator Anderson Cooper ein Interview über die Stürmung und den Tod von Ashli Babbitt. CNN wies jedoch nicht darauf hin, dass Sullivan ein linksradikaler Aktivist ist, der im Zusammenhang mit einem Mord im Juni verhaftet wurde:

---

## Joe Biden – ein Präsident von Twitters und Facebooks Gnaden



Von ARENT | Edward Snowden, Vera Lengsfeld, Alexei Nawalny – eine ganze Reihe politischer Kommentatoren sieht nach der Zensur von US-Präsident Donald Trump eine Dystopie à la „Blade Runner“ und „Cyberpunk“ heraufziehen. Politiker wie Joe Biden werden über kurz oder lang zu Sockenpuppen von Tech-Giganten wie Twitter, Facebook und Amazon.

Am deutlichsten brachten es Snowden und Lengsfeld zur Sprache:

„Nun wird die Politik die Geister, die sie rief, nicht mehr los. Im Gegenteil, manche Politiker machen schon einen Kotau vor ihnen. [...] Mit der Sperrung von Trumps Internetkonten hätten die Digitalkonzerne gezeigt, dass sie mehr seien als Wirtschaftsgiganten [...] Es gelten fortan nicht mehr die Gesetze, nur noch die AGBs der Konzerne, die zudem willkürlich ausgelegt und angewendet werden können.“

Wahlen werden in Zukunft durch die PR-Abteilungen von Twitter, Facebook und Amazon entschieden. Und sogar noch mehr: Genauso wie die Big Tech jemanden fördern kann – beispielsweise die Artikel über Hunter Biden zurückhalten können – kann sie ihr Wohlwollen auch jederzeit wieder entziehen.

Jetzt, wo Trump weg ist, stört eigentlich nur noch Biden. Und wenn der nicht so will, wie seine neuen Königsmacher, dann steht morgen alles über seinen Sohn in den Zeitungen – und er wird zurückgetreten.

Auch Google dürfte über praktisch jeden Menschen auf der Welt genug Daten haben, um ihm zu schaden. Tritt eine missliebige Person zur Wahl an, lässt sich sicher etwas finden. Bereits einen Menschen lächerlich zu machen, kann eine Wahl entscheiden.

Überraschend dabei ist, dass gerade Linke darüber jubeln – obwohl es eigentlich ihr Metier wäre, dagegen Sturm zu laufen. Einige Politiker wie der EU-Kommissar Thierry Breton versuchen sich sogar bereits mit den neuen Herrschern zu arrangieren.

Es sind ausgerechnet Konservative, die Widerstand leisten. Das war in Büchern wie „Shadowrun“ anders vorhergesagt worden: Dort waren die Rebellen die Abgehängten, die ohne Jobs und Perspektive in Slums dahinvegetierten.

In der realen Welt war es jedoch Trump, der Zölle eingeführt hat – eine absolute Herzensangelegenheit klassischer Linker. Es war Trump, der TTIP abgeschafft hatte, Twitter und Amazon Ketten anlegen wollte. Alles Dinge, die die angeblich „linken“ Parteien zwar gerne öffentlich fordern, aber nie umsetzen.

Man muss wohl eher von globalistischen als linken Parteien sprechen – von einer internationalen ~~Elite~~ Oligarchie, die ihre eigenen Vorteile im Blick hat. Und für die die lokalen Demokratien, ihre Gesetze und arbeitenden „Spießbürger“ wahlweise fette Beute oder ein Hindernis darstellen, das es zu

beseitigen gilt.

Die letzte Bastion vor den kaputten Gesellschaften von Blade Runner und Cyberpunk sind ausgerechnet die Konservativen, die ihre alten Rechtsstaaten erhalten wollen.

---

## Hamburg: Klappspaten-Attacke von Grigoriy K. „nicht antisemitisch“



Von MANFRED BLACK | Der Kasache Grigoriy K., der im Oktober letzten Jahres in Hamburg auf offener Straße einem Juden den Schädel spalten wollte, wird von offiziellen Stellen oft als „Deutscher“ bezeichnet. Die Wirklichkeit: Der Täter hat „kasachische Wurzeln“, er ist vermutlich Moslem. Jetzt erklärte die Staatsanwaltschaft, es handele sich nicht um antisemitische Kriminalität – der Verbrecher sei psychisch krank.

Der Spaten-Schläger lauerte einem Studenten in Hamburg-Eimsbüttel auf – vor der Synagoge an der Straße Hohe Weide. Grigoriy K. wollte dem 29-Jährigen, der eine Kippa trug und deswegen eindeutig als Jude erkennbar war, mit einem Klappspaten töten. Das Opfer erlitt schwere Verletzungen, aber es überlebte die blutige Attacke.



„In der Hosentasche des Beschuldigten wurde ein Zettel mit einem handgemalten Hakenkreuz gefunden“ („Die Welt“). Was die Zeitung nicht erwähnt, ist die Tatsache, dass etliche Moslems – im Orient, aber auch in westeuropäischen Staaten – ausgeprägte Sympathien für den Nationalsozialismus hegen: Nicht selten erklären diese Moslems in persönlichen Gesprächen, dass sie sich über den Holocaust freuen, dem Millionen von Juden zum Opfer fielen.

Ins Gefängnis muss Grigoriy K. nun aber vermutlich nicht. Das hat die Staatsanwaltschaft entschieden, die meint, der Kasache leide an einer psychischen Krankheit und sei deswegen „nicht schuldig“. Die Ermittler gehen auch nicht länger von einem antisemitischen Hintergrund der Tat aus. „Sollte der 29-Jährige verurteilt werden, käme er damit nicht ins Gefängnis, sondern in die Psychiatrie“ („NDR“).

Gegenüber dem Radiosender „NDR 90,3“ erklärte eine Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft, der Angriff habe sich zwar gegen einen Juden gerichtet. Auslöser sei jedoch die Krankheit von Grigoriy K. gewesen.

### **Die Jüdische Gemeinde ist empört**

„Die Jüdische Gemeinde Hamburg ist schockiert“ („Bild-Zeitung“). Für Philipp Stricharz, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Hamburg, kann es keinen Zweifel an einem jüdenfeindlichen Motiv geben. Tatsächlich hatte sich Grigoriy K. in einem Taxi zur Synagoge fahren lassen und dort gezielt den Mann mit Kippa attackiert. „Es muss anerkannt werden, dass wir als jüdische Gemeinschaft bedroht sind“, sagt Stricharz.

Die Gemeindemitglieder fragten sich, wie man in Zukunft antisemitische Taten verhindern wolle, wenn man sie nicht einmal als antisemitisch benenne.



Daniel Sheffer zum Beispiel, der eine Bürgerinitiative gegen Antisemitismus gegründet hat, kommentierte die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, deren oberste Dienstherrin die umstrittene grüne Justizsenatorin Anna Gallina ist, so:

„Für die Staatsanwaltschaft ist Hass und Gewalt gegen Juden eine Krankheit. Wenn dem so ist – warum versagt die Staatsanwaltschaft, diese Krankheit zu bekämpfen?“

Hinter vorgehaltener Hand sagen manche deutsche Juden auch, dass die Staatsanwälte womöglich eine andere Bewertung abgegeben hätten, wenn es sich bei dem Täter um einen „Herkunfts-Deutschen“ gehandelt hätte. Es wird die Frage gestellt, ob nach der Spaten-Attacke der Angreifer deswegen geschont wird, weil er Moslem ist.

---

# Corona-Zwangsmaßnahmen: Nach der Verschärfung ist vor der Verschärfung



Von DER ANALYST | „Winterzeit ist Virenzeit – die Natur lässt sich nicht überlisten“, so lautete der Untertitel eines Beitrags zum Thema „Wellenbrecherlockdown“, der am 10. Dezember auf PI-NEWS erschienen ist. Bereits damals sagte der Autor voraus, dass sich die Natur von den Corona-Zwangsmaßnahmen relativ unbeeindruckt zeigen wird.

In dem genannten Artikel stellte der Verfasser die Frage, wie die Verantwortlichen wohl reagieren werden, wenn sich abzeichnet, dass selbst ein „harter Lockdown“ nicht dazu geeignet ist, die Infektionszahlen in dieser Jahreszeit auf das gewünschte Maß zu drücken.

## Das „Seuchenkabinett“

Inzwischen wissen wir es. Wir wissen, dass die sogenannte „Bund-Länder-Konferenz“, ein Konstrukt, das im Grundgesetz nicht vorgesehen ist und dem Föderalismusgedanken der Väter unserer Verfassung diametral entgegensteht, nicht lernfähig ist:

- LOCKDOWN WIRKT NICHT – VERSCHÄRFEN
- VERSCHÄRFUNG WIRKT NICHT – WEITER VERSCHÄRFEN
- WEITERE VERSCHÄRFUNG WIRKT NICHT- NOCH STRENGERER LOCKDOWN
- NOCH STRENGERER LOCKDOWN WIRKT NICHT – EIN

## „MEGALOCKDOWN“ MUSS HER

Und genau an diesem Punkt sind wir jetzt. Wie bei allen bisherigen Verschärfungen wird auch dieses Mal das Volk „schonend“ auf die neuen Grausamkeiten vorbereitet, indem Leitmedien wie die BILD bereits im Vorfeld veröffentlichen, was geplant ist.

Angeblich aus Furcht vor der „britischen Corona-Variante“ und einem damit verbundenen Anstieg der Fallzahlen wie in Großbritannien und Irland will die Bundeskanzlerin Merkel nun „Kräfte mobilisieren“, um eine solche Entwicklung in Deutschland zu vermeiden.

Die BILD schreibt:

*Dazu will die Bundeskanzlerin bereits in der kommenden Woche, möglicherweise am 20. Januar, eine Ministerpräsidentenkonferenz mit den Regierungschefs der Länder abhalten, um über eine neue Verschärfung der Maßnahmen zu beraten – den MEGA-LOCKDOWN!*

### **Folgende Maßnahmen sind im Gespräch:**

- Einstellung oder Reduzierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
- Komplette Ausgangssperre
- Komplette Homeoffice-Pflicht
- Landesweite FFP2-Masken-Pflicht

Dieser „Megalockdown“ soll dann voraussichtlich (!) bis Ende Februar dauern. Das bringt uns zu der Frage, was dann als nächstes noch kommt, wenn der Megalockdown mit Verlängerung und noch „schärferen Verschärfungen“ auch nicht wirkt – was zu erwarten ist.

*„Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.“* Dieses Wort stammt von keinem geringeren als Albert Einstein. Wenn er heute noch am

Leben wäre, müsste man unterstellen, dass er diesen Ausspruch auf das Seuchenkabinett gemünzt hat.

### **Merkel die treibende Kraft**

Treibende Kraft hinter all den Verlängerungen und Verschärfungen der Zwangsmaßnahmen ist immer Bundeskanzlerin Merkel. Wer geglaubt hat, dass nach der Energiewende, der Griechenlandrettung und der Flüchtlingskrise ihr Schadenspotential für dieses Land ausgeschöpft sei, der sieht sich nun getäuscht.

Wenn diese Frau irgendwann einmal endlich gegangen ist, wird sie eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Trümmerlandschaft mit einer in weiten Teilen psychisch verkrüppelten Bevölkerung hinterlassen. Suizide, Alkoholabusus, häusliche Gewalt, Agonie in den Altenheimen und Vergrößerung des Bildungsnotstandes inbegriffen.

Aber andererseits darf man nicht vergessen, dass Merkel nicht durch einen Militärputsch an die Macht gekommen ist und in demokratischen Wahlen immer wieder aufs Neue als Kanzlerin bestätigt wurde. Es muss also doch etwas dran sein, an dem Spruch, dass jedes Volk die Regierung hat, die es verdient.